Beschluss (vorläufig) Chatkontrolle dauerhaft verhindern, Verschlüsselung als europäisches Grundrecht!

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 30.11.2025

Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte V-Anträge

Antragstext

- Wir GRÜNE setzen uns auf europäischer Ebene gemeinsam mit unseren
- 2 Partnerparteien sowie den Grünen-Abgeordneten im Europäischen Parlament und im
- Deutschen Bundestag dafür ein, dass ein Grundrecht auf Verschlüsselung für
- 4 natürliche und juristische Personen in die Charta der Grundrechte der
- Europäischen Union aufgenommen wird. Dafür unterstützen wir einen koordinierten
- europäischen Prozess und die Entwicklung einer gemeinsamen politischen
- 7 Strategie.
- Wir lehnen anlasslose Massenüberwachung wie Vorratsdatenspeicherung oder
- 9 Chatkontrolle ab. Stattdessen setzen wir auf eine zielgerichtete und
- rechtsstaatlich abgesicherte Strafverfolgung und die dafür notwendigen
- Datenzugriffsrechte. Im digitalen Raum setzen wir auf Verfahren, die Grundrechte
- schützen und die technische Sicherheit gewährleisten, etwa ein Quick-Freeze-
- Gesetz sowie weitere gezielte Instrumente wie Login-Fallen.
- 44 Anbieter von Kommunikationsdiensten wie WhatsApp, Signal oder Facebook dürfen
- nicht verpflichtet werden, Inhalte flächendeckend oder automatisiert zu
- durchsuchen. Auch Client Side Scanning lehnen wir ab: Es unterläuft die Ende-zu-
- 17 Ende Verschlüsselung, gefährdet private Kommunikation und schafft
- sicherheitsrelevante Schwachstellen. Die Chatkontrolle bietet keinen wirksamen
- 19 Schutz vor sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche. Fehleranfällige
- 20 KI-Erkennung, massenhafte Falschmeldungen und Ausweichbewegungen von Täter*innen
- würden Ermittlungen behindern. Zugleich brauchen Kinder und Jugendliche gerade
- heute stärkeren Schutz und sichere, selbstbestimmte digitale Räume.
- Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen wir uns deshalb für eine zielgerichtete
- 24 Stärkung der Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden ein sowie für umfassende
- 25 Präventionsmaßnahmen: digitale Kompetenzen, Unterstützung für Eltern und
- pädagogische Fachkräfte, klare Anlaufstellen und verlässliche Hilfsangebote für
- 27 Betroffene.